Nr. 349 2. Ausgabe

Sonntag, 22. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 5 38, 13 5 37. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile sowie für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunftsanzeigen 10% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Außer Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.60, vierteljährlich M. 4.80.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
B mit „Illustr. Neueste" 2.49, 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Verhandlungen mit der Entente und Amerika

Französische und englische Pläne

Von unserm ∞-Korrespondenten

Haag, 16. Dezember

Eine vor wenigen Tagen aus England zurückgekehrte holländische Persönlichkeit, die den Festlichkeiten zu Ehren Clemenceaus und Fochs in London beiwohnte, teilte mir über die Pläne einflußreicher englisch-französischer Kreise nachstehendes mit:

„Nach allem, was ich den privaten Aeußerungen gewisser Staatsmänner, deren Namen ich Ihnen nicht mitteilen kann, die aber der Regierung sehr nahestehen, entnommen habe, nach verschiedenen Gesprächen mit französischen Vertrauenspersonen, erhielt ich den Eindruck, daß sich die Bundesbeziehungen zwischen England und Frankreich so verdichtet haben, daß man eigentlich von der künftigen anglo-französischen Vorherrschaft in Europa sprechen kann, von der gemeinschaftlichen Leitung, die sich die Republik und das britische Reich über Europa ohne vorherige Auseinandersetzung mit den übrigen Mitgliedern des Vierverbandes gesichert haben. Man teilte mir mit, Marschall Foch habe die Organisierung einer franko-britischen Militärallianz für die Zukunft auf sich genommen. Dieses Bündnis soll, bei Abschaffung der Dienstpflicht, doch systematischer sportlicher Ausbildung der Jugend und Bildung kleiner stehender Heere, allen Anforderungen entsprechen, die, für den Fall neuer europäischer Konflikte, an die militärische Kraft der anglo-französischen Allianz gestellt werden könnten. Weder ein europäischer Festlandsstaat (außer Frankreich) noch Amerika sollen in aktiver Weise dem Bündnis angehören, sondern nur die „Freiheit" besitzen, sich unter entsprechenden Umständen einem Akte der beiden Verbündeten anzuschließen. Foch erklärte: „Frankreich hat bewiesen, daß unter seinem Banner eine Koalition zum Siege geführt werden kann." In diesen Worten, die eigentlich den Grundstein zum künftigen französischen Militarismus legen, doch von England durchaus gebilligt werden, liegt die Bedeutung der neuen Allianz.

Daß Frankreich als Gegenleistung für die ihm zuerkannte geistige Führerschaft auf militärischem Gebiete, den britischen Marinismus zu stützen entschlossen ist, ergibt sich logischerweise aus dem Bündnis. Französische Kreise geben zu, daß die Vereinigten Staaten nur einen „platonischen Einfluß" auf die franko-britische Vorherrschaft in Europa nehmen können. Die Amerikaner würden sich auch nicht mehr um eine Aenderung des neu geschaffenen Kurses in Europa bemühen, sondern sich ausschließlich auf die Erreichung derjenigen Forderungen festlegen, die ihnen wirtschaftliche Vorteile bieten. In Washington wisse man, wie mir von französischer Seite versichert wurde, sehr gut, daß sich Frankreich die führende militärische Rolle auf dem europäischen Festlande nicht mehr nehmen lassen werde, vielmehr gewillt sei, den „Völkerbund" als die ausschlaggebende Landmacht Europas so zusagen zu befehligen, gemeinschaftlich mit England. Man wolle deshalb kein „buntes Heer zur Sicherung der Ruhe", sondern eine jederzeit bereite franko-britische Streitmacht. Nur auf Wunsch der Londoner und Pariser Regierungen solle die Verwendung von Truppen andrer Nationalität stattfinden. — Es wird mir im Zusammenhang damit mitgeteilt, daß ein bedeutender Teil der von Deutschland an Frankreich und England zu entrichtenden baren Kriegsentschädigung für die Neuorganisierung, Versorgung usw. dieser Sicherungsarmee benutzt werden soll.

In Londoner politischen Kreisen heißt man im ganzen und großen diesen Gedanken gut, erwartet aber, daß darunter die Veröffentlichung aller den künftigen Frieden betreffenden Verträge unter den Mächten nicht möglich sein werde. Die Washingtoner Regierung dürfe sich, wie man glaubt, genötigt sehen, den Punkt betreffs der Geheimdiplomatie abzuschwächen . . ."

Soweit der aus ernstzunehmenden feindlichen Kreisen stammende Bericht. Wie mir mein holländischer Gewährsmann weiter mitteilt, sprechen französische Stabsoffiziere, die mit Foch nach London kamen, von einer „jahrelangen Besetzung des linken Rheinufers". Sie halten eine „invasion pacifique" in Deutschland für wünschenswert und sprechen unverhohlen von der „Notwendigkeit, das deutsche Volk von der Tyrannei der A.- und S.-Räte zu befreien". Sie rechnen ferner mit der Durchführung strenger militärischer Vorschriften, die Deutschland in Zukunft Verteidigungsmaßnahmen nicht zubilligt. „Foch wünscht, daß Deutschland weder Soldaten noch Waffenindustrie besitzen dürfe", äußerte sich ein Begleiter des Marschalls . . .

Was die Sicherung der inneren französischen Verhältnisse betrifft, namentlich die Haltung der Sozialisten, so zweifeln französische Offiziere nicht im mindesten daran, daß die französische Armee heute „genügend zuverlässig" sei, um allen drohenden Ausschreitungen der Sozialisten, allen gewalttätigen Handlungen erfolgreich entgegenzutreten. Das wüßten die französischen Sozialisten auch sehr gut; und um ihre Machtlosigkeit nicht aller Welt sichtbar zu machen, versuchten sie, mit der Regierung zu einem Vergleiche zu kommen. Die Wahlaussichten gestalten sich (nach derselben Quelle) für die Sozialisten in Frankreich recht mißlich: „Ohne Propaganda erreichen sie nichts, und die Werbetätigkeit wird von den starken bürgerlichen Kreisen gewaltig überboten. Es entwickelt sich in Frankreich eine bürgerliche Staatspartei, die eine überwältigende Mehrheit besitzt, militaristischen Grundsätzen huldigt (sie billigt durchaus das franko-britische Bündnis), doch den Sozialisten einige Zugeständnisse gewähren will. Alles Weitere erhofft sie aus der Bereicherung Frankreichs an kolonialen und industriellen Betätigungsgebieten, aus der mächtigen Steigerung des geistigen Prestiges."

Ob sich in England die Sozialistenfrage auf gleiche Weise, durch Kompromisse wird entwirren lassen, bezweifeln wohl britische Politiker, aber sie meinen, daß ein „reicher Friede", z. B. die Angliederung Mesopotamiens an das britische Reich, auf die Arbeiter einen günstigen Einfluß üben könnte, da sich daraus eine Verbilligung der Lebensbedingungen ergeben würde. „Mesopotamien könnte ein „Proviantmagazin für England" werden." Jedenfalls neigt man jetzt auch in England dem „Beutefrieden" zu, wie er Frankreich gefällt . . .

Ein Gespräch mit Wilson

× **London,** 21. Dezember. Die morgigen „Times" werden ein Interview veröffentlichen, das ihr Pariser Korrespondent mit Wilson hatte. Der Korrespondent teilt mit, daß Wilson ihm seine Haltung zu der ganzen ungeheuren Reihe von Problemen auseinandersetzte, die im nächsten Monat zur Beratung gelangen werden. Der Korrespondent sagte zu Wilson, daß viele Menschen sich fragen, warum der Präsident der Vereinigten Staaten gerade jetzt nach Europa gekommen sei. Wilson erwiderte: „Die Antwort erscheint mir sehr naheliegend. Die Fragen, die bei der bevorstehenden Konferenz erledigt werden müssen, werden von so überragender Bedeutung sein, daß die Vereinigten Staaten es nicht verweigern können, sich mit den Alliierten in ihre große Verantwortlichkeiten vor der Zivilisation zu teilen. Und dies kann nur durch die freimütigste, persönliche Aussprache mit den Staatsmännern der alliierten Länder in einigem Maße zur Lösung beitragen." Als der Korrespondent den Präsidenten fragte, was nach seiner Ansicht die Hauptabsicht der Konferenz und das große Ziel sei, nach dem die Alliierten trachten wollten, antwortete er: „Ich glaube, es ist deutlich, daß jetzt alle Nationen mit ängstlicher Erwartung nach Versailles blicken, und ich bin sicher, daß die Menschen nur eine Frage stellen werden: Werden die Staatsmänner, die dort versammelt sind, über genug Klugheit und Entschlossenheit verfügen, um Schutz gegen zukünftige Kriege zu schaffen? Die Schwierigkeiten und Verantwortlichkeiten, die durch die erfolgreiche Beendigung des großen Krieges entstanden, und von denen einige sehr ernst und beängend sind, müssen natürlich von allen großen Nationen der Welt als Kameraden der weniger Mächtigen geteilt werden."

Weiter erklärte Wilson, daß er gern Italien und Brüssel besuchen wolle, aber zu einem Besuch der großen Flotte keine Zeit haben werde. Dabei kam Wilson auf die Rolle zu sprechen, die die britische Flotte bei der Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere für die freien Völker der Welt während des Krieges spielte, und freute sich, sagen zu können, daß er England in allernächster Zeit zu besuchen hoffe. Schließlich sagte der Präsident: „Ich glaube, wir verstehen und würdigen die schwierigen Probleme, die der Krieg für das britische Volk mit sich gebracht hat, und wir haben volles Verständnis für die besonderen internationalen Fragen, die aus der Tatsache der besonderen Stellung Englands als Inselreich entstehen." Auf eine weitere Frage des Korrespondenten erwiderte Wilson, er fühle keinerlei Besorgnis wegen des Ergebnisses der bevorstehenden Zusammenkünfte. Er sei im Gegenteil davon überzeugt, daß es den Staatsmännern der Welt möglich sein werde, in gemeinsamer Beratschlagung eine gerechte und vernünftige Lösung der Probleme zu erreichen.

Die Lebensmittelhilfe für die Mittelmächte

× **London,** 21. Dezember. (Reuter.) Der „Daily Expreß" erfährt, daß der Lebensmittelkontrolleur Hoover mit Vertretern der Stadtgemeinde Wien in Bern zusammentreffen wird. Vertreter der britischen und französischen Regierung werden der Beratung, die sich um die Bedürfnisse der österreichischen Republik drehen wird, beiwohnen. Dies ist eine Vorbesprechung, die den Beratungen über die Frage der Lebensmittelversorgung der Mittelmächte vorangehen wird.

× **Washington,** 21. Dezember. Trotz Lansings entschiedener Aufforderung, daß die deutschen Mitteilungen an alle assoziierten Mächte gerichtet werden sollten, ist wieder ein Appell um Lebensmittel und um Abänderung der Waffenstillstandsbedingungen von der deutschen Regierung eingetroffen. Das Staatsdepartement veröffentlicht diese Note nicht, weil sie gegen den obengenannten Wunsch verstößt und sich nicht von früheren Appellen unterscheidet, die als Propaganda betrachtet werden, durch die die Regierung in Berlin den Folgen der Niederlage zu entgehen versuche.

Wilson an den schwedischen Kammerpräsidenten

× **Stockholm,** 21. Dezember. „Nya Dagligt Allehanda" zufolge ist an den Präsidenten der schwedischen Ersten Kammer, Hamilton, folgende Antwort von Wilson eingetroffen: „Mit der größten Befriedigung habe ich den Willkommengruß empfangen, den die beiden Kammern des schwedischen Reichstages die Güte hatten, mir zu übersenden, und ich nehme ihn als Ausdruck willkommenen Ausdruck des Vertrauens dieser Kammern entgegen. Ich hoffe und glaube, daß bei den gemeinsamen Beratungen ein der Bestrebungen der europäischen Völker würdiger Friede gesichert werden kann und wird. Ich werde mit Freude und Stolz alles tun, was ich kann, um einen solchen Zustand zustande zu bringen."

In Spa

× **Berlin,** 21. Dezember. In der letzten Vollsitzung der internationalen Waffenstillstandskommission in Spa wurde von General Nudant bekanntgegeben, daß die Jagd innerhalb der neutralen Zone der Kontrolle der militärischen Blockadebehörde unterliege.

Wegen der Internierung der Armee Mackensen erklärt General Nudant, daß die Entwaffnung und Internierung dieser Truppe und des Generalfeldmarschalls im Auftrage von Marschall Foch bestehen bleibe. Deutscherseits wurde erwidert, daß Generalfeldmarschall v. Mackensen sich freiwillig gefügt habe, daß der deutsche Protest gegen die den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November nicht entsprechende Internierung aber aufrechterhalten werde.

Der Vorwurf des französischen Vorsitzenden, daß deutsche Militärbehörden dem bolschewistischen Vormarsche in den baltischen Provinzen Vorschub leisteten und die Kapitulation estnischer Truppen behinderten, wurde energisch zurückgewiesen.

Ferner wurde eine Note des Marschalls Foch über angeblich grausame Behandlung französischer Kriegsgefangener in Ostdeutschland überreicht. Der deutsche Vertreter erklärte, die Beantwortung dieser Note seiner Regierung überlassen zu müssen. Er wies jedoch sofort darauf hin, daß bei der so großen Zahl der in so kurzer Zeit zurückzuführenden Gefangenen unangenehme Zwischenfälle sich ereignen können, machte aber im übrigen noch auf den Grundsatz in der Aufnahme der deutschen Uebernahmekommandos bei der Entente und der Vertreter der Alliierten in Berlin aufmerksam. Die deutsche Regierung besitze reichhaltiges Material über die Behandlung ihrer Kriegsgefangenen in Frankreich, das seinerzeit bei der Friedenskonferenz in aller Oeffentlichkeit vorgelegt werden soll.

Zur Durchführung der von französischer Seite vorgelegten Forderung über Belieferung von Elsaß-Lothringen und der deutschen Nachbargebiete mit rechtsrheinischen Brennstoffen und andern Rohmaterialien soll nach dem Vorschlage der französischen Regierung am 23. d. M. in Luxemburg mit dem vom Generalissimus Marschall Foch bestimmten französischen General und einer deutschen Kommission, die höchstens aus drei Personen besteht, verhandelt werden. Die deutschen Delegierten werden sich alsbald an Ort und Stelle begeben.

Deutsche Waffenstillstandskommission:
Staatssekretär Erzberger.

Der Verkehr auf dem Rhein

× **Berlin,** 21. Dezember. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Der Präsident der interalliierten Binnenschiffahrtskommission hat über den Transport von Gütern aller Art auf dem Rhein und den Nebenflüssen, soweit sie in das besetzte Gebiet fallen, folgende Verfügung erlassen: 1. Jeder Gütertransport (Materialien, Rohstoffe, Lebensmittel usw.) ist untersagt von Häfen des linken Rhein-Ufers zu denen des rechten Ufers. 2. Die Gütertransporte (Materialien, Rohstoffe, Lebensmittel usw.) vom linken Ufer zum linken Ufer und die vom rechten Ufer zum linken Ufer dürfen vorläufig durchgeführt werden, ebenso die vom rechten zum rechten Ufer. Die interalliierte Kommission für die Binnenschiffahrt verlangt jeden Tag vor 6 Uhr abends Berichte über Schiffsbewegungen und Leistungen der Umschlagplätze während der letzten 24 Stunden. Die Schiffsbewegungen werden überwacht. 3. Der Schiffahrtsverkehr von neutralen Ländern nach Rhein-Stationen ist bis auf weiteres erlaubt. Der Bericht über diesen Verkehr, der erstens den Abgangshafen und den Ausladehafen für jedes Schiff, zweitens die in jedem einzelnen Hafen gelöschten Mengen umfassen muß, ist jeden Tag bis 6 Uhr abends einzureichen, und zwar für die letzten 24 Stunden von Mitternacht zu Mitternacht. 4. Die Schiffahrtsgruppe Westfalen hat diese Anordnungen den Interessenten bekanntzugeben und übernimmt die Gewähr für ihre richtige Ausführung.

Plan einer Republik Oberschlesien

× **Breslau,** 20. Dezember. Die oberschlesische Zentrumspresse enthält in ihrer Ausgabe vom 18. Dezember eine übereinstimmend lautende Erklärung, die zur Bildung einer unabhängigen Republik Oberschlesien unter der Garantie von Deutschland, Polen und dem Tschechenstaate auffordert. Hierzu teilt das polnische Kattowitzer Blatt „Gazeta Ludowa" vom 20. d. M. mit, daß von den Anhängern dieser Idee bereits drei Abgesandte nach Prag geschickt worden seien, um mit Masaryk zu verhandeln. Dieser habe ihnen erklärt, daß die Tschechen Anspruch auf Teile Oberschlesiens machten, aber einer Republik Oberschlesien sympathisch gegenüberständen. Alles hänge von der Entente ab. Er habe einen Kurier nach Paris gesandt, um über diese Frage Bescheid zu erhalten.

Die Tragödie der verpaßten Gelegenheiten

Ein neues Buch Hammanns

Otto Hammann, der langjährige Pressechef des Auswärtigen Amtes, der Berater der ersten vier Kanzler des Deutschen Reiches, kommt in diesen Tagen mit einem neuen Bande seiner Erinnerungen heraus. Er nennt sein Buch, das die Politik der Wilhelmstraße 1897—1906 umfaßt, mit Recht „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges". Denn in diesen Jahren schon vollzog sich die Steigerung jener Ereignisse, die schließlich die Weltkatastrophe zur Folge haben mußten.

Was diese Erinnerungen vor allem interessant macht, ist die Fülle neuer Beweise dafür, welchen verhängnisvollen Einfluß die terroristische Herrschaft Holsteins im Auswärtigen Amte ausgeübt hat. Sucht man nach Schuldigen für den Weltkrieg, dann wird auf deutscher Seite sicher sein Name mit an erster Stelle genannt werden müssen. Denn er war es vor allem, der in diesen Jahren in vollkommener Verkennung der Sachlage und vor allem in Verkennung der alten Bismarckschen Theorien bestrebte, Deutschland in der Rolle des sich freuenden Dritten zu halten, und die deutschen Kanzler in diesem Sinne beeinflußte. Schon von Chamberlain, dem Aelteren, war mit Unterstützung des englischen Ministerpräsidenten Salisbury der Anschluß an Deutschland versucht worden, weil die englische Politik die „glänzende Isolierung", auf die sie früher so stolz war, als zu gefährlich erkannt hatte. Für eine Verständigung war selbst noch das Kabinett Asquith zu haben, trat sogar König Georg jahrelang ein. Aber infolge der ablehnenden Haltung der Wilhelmstraße und auch der persönlichen des Fürsten Bülow blieben diese englischen Bemühungen ohne Erfolg. Trotzdem wurden sie teilweise fortgesetzt mit dem Bestreben, in systematischer Folge wenigstens die einzelnen Reibungspunkte zwischen den beiden großen Reichen aus der Welt zu schaffen. So kam eine Reihe von Verträgen zustande, darunter der über die englischen Kolonien und noch knapp vor dem Weltkriege der Bagdadvertrag, dessen Unterzeichnung die sich überstürzenden Ereignisse des Juli 1914 dann unmöglich machten.

Erst nach dem Scheitern ihrer Annäherungsversuche an Deutschland sah sich die englische Politik zur Aufsuchung von Bundesgenossen unter den Gegnern des Deutschen Reiches veranlaßt. Es gelang ihr das, was vor allem Holstein für unmöglich gehalten hatte, nämlich die friedliche Auseinandersetzung mit Rußland und die Einspannung der russischen Expansionsgelüste für die eigenen Zwecke. Die englische Schuld am Weltkrieg wird dadurch nicht vermindert. Bestehen bleibt nur die Tatsache, daß die deutsche Politik es in der Hand gehabt hätte, den Aufbau der gegnerischen Koalition zu verhindern und damit zum mindesten den Bund der ganzen Welt gegen das Reich unmöglich zu machen.

Interessant ist, was Hammann über die von Holstein aufgebrachte „Weltkriegstheorie" erzählt. Man muß ihm recht geben, wenn er meint, daß erst die deutsche Erklärung, man würde einen Krieg mit England auf französischem Boden ausfechten, weil sein Ursprung Frankreich zu verdanken wäre, das meiste dazu beigetragen hat, die stark anwachsende versöhnliche Stimmung des französischen Volkes in ihr Gegenteil zu verwandeln. Nicht uninteressant ist auch, was über den bekannten Vertrag von Björkö gesagt wird. Hammann fragt mit Recht: „War er ein persönlicher Akt oder ein Staatsvertrag? Ist er überhaupt in Wirksamkeit getreten?" Und nun erfährt man: Während Fürst Bülow in der Sommerfrische weilt, trifft sich Wilhelm II. mit dem Zaren auf einer finnischen Insel und verabredet mit ihm in seiner weltfremden Art eine Entente, zu der auch Frankreich herbeigezogen werden soll. Sobald Fürst Bülow von der Angelegenheit hört, lehnt er jede Verantwortung für die amtliche Behandlung des Schriftstücks ab und bietet seinen Rücktritt an, weil er vor allem es für unmöglich hält, die deutsche Hilfe, wie angelegt worden war, im Falle eines englischen Konfliktes auf Europa beschränken zu können. „Dem Erzeugnis einer seltsam unwirklichen Phantasiewelt, in der man glaubte, mit höfischen Geheimtraktaten die Geschicke der Völker lenken zu können, war so nur ein Dasein in einem verschwiegenen Archivfach beschieden."

Das ist nur ein Beispiel für die Politik der unverantwortlichen kaiserlichen Stelle, die auf eigene Faust und oft gegen den Willen des Amtes in den ganzen Vorkriegsjahren getrieben worden ist. So ist es wirklich eine Tragödie der verpaßten Gelegenheiten, zu der uns das Buch Hammanns neue Belege liefert. Der Leidtragende ist das deutsche Volk, das zu spät erkennen muß, wie es wehrlos unfähigen Gewalten überliefert war, der Wilhelmstraße mit allen ihren unzulänglichen Gegenströmungen und den Weltplänen des Kaisers, gegen die man Warnungen nur erheben konnte, soweit sie offenbart wurden. Der Kaiser handelte aber ganz nach Sympathien und Antipathien und darüber hinaus, ohne daß die Kontrolle des Volkes richtig wirksam war. Es kam, wie man nun sieht, und so viel zu spät erst ganz deutlich erkennt, die stärkere autokratische Natur Ludendorffs im verhängnisvollsten Augenblick politisch ohne eine irgendwie beträchtliche Einschränkung absolut zur Einwirkung. Es war die innere Logik dieses Systems, daß selbst Hindenburg zweifellos von Ludendorff getäuscht wurde, der alles auf eine Karte setzte. Obwohl das Buch Hammanns weiter zurückliegende geheime Stücke dieser Entwicklung blohlegt, so zeigt es doch, wie sie kam. Und wenn die neue Zeit dem Deutschen Reiche die Geltung wiederverschaffen soll, die ihm trotz allem in der Welt gebührt, dann wird es an der Vergangenheit lernen müssen, wie Politik des großen Stils nicht zu führen ist.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181222Z02/1